

LinksBlick

Kreisverband und Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

Landesparteitag in Blossin

Am 13.12.2008 fand im Jugendbildungszentrum in Blossin die zweite Tagung des ersten Landesparteitages DIE LINKE Brandenburg statt. Eröffnet wurde der Parteitag durch Karl Pfannenschwarz, ein Urgestein der Parteiarbeit. Die Delegierten waren beflügelt von den Ergebnissen der zurückliegenden Kommunalwahl und gut gestärkt durch den kleinen Schokoladenweihnachtsmann, der sie an ihren Tischen erwartete.

Nach der Eröffnung ergriff unser Landesvorsitzender, Thomas Nord, das Wort und sprach vor allem eine aktuelle Krise der Glaubwürdigkeit an, die entstanden ist, weil die Bürgerinnen und Bürger „die Nase voll haben von gebrochenen Wahlversprechen“. DIE LINKE ist und soll auch zukünftig eine Partei für den Alltag sein, insbesondere in Bezug auf die Finanzkrise. Auch Kerstin Kaiser bekräftigte die Position der Partei und ermutigte die Delegierten und Gäste, optimistisch in

die drei Wahlen im Jahr 2009 zu gehen und auch, wenn es hart wird, daran zu denken, dass es für DIE LINKE ein sehr gutes Jahr werden kann.

Schwerpunkt des Parteitages war der Leitantrag des Landesvorstandes „Für Brandenburg: Zukunft sichern, Armut bekämpfen, Demokratie stärken. Original sozial: DIE LINKE“, der mit übergroßer Mehrheit von den Delegierten als Perspektive der politischen Arbeit in Brandenburg angenommen wurde. Obwohl der Landesparteitag diesmal nur ca. fünf Stunden dauerte, wurden die Aufgaben für das Jahr 2009 festgelegt, die Ersatzdelegierten für den Bundesausschuss gewählt und einige Änderungen der Landessatzung wurden beschlossen.

Auf dieser Grundlage konnte schon am Sonnabend die VertreterInnenversammlung beginnen und die letzten Weichen für 2009 konnten gestellt werden.

Stefanie Scharp, Blankenfelde

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus der Region Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 10

Zitiert ...

Man kann sein Leben weder verlängern, noch verbreitern, nur vertiefen.“

Joseph Joubert (1754-1824)

**ZU ROSA
UND KARL**

Am Sonntag, 11. Januar 2009,
9 bis 13 Uhr, Gedenkstätte der
Sozialisten, Berlin-Friedrichsfelde

DIE LINKE.

**Treffen wir uns am
11. Januar 2009 an
der Gedenkstätte der
Sozialisten in Berlin-
Friedrichsfelde!**

DIE LINKE.

Vor 90 Jahren: Mord in Berlin

Von Ronald Friedmann

Im Januar 1919 ging der von der SPD getragene Rat der Volksbeauftragten, die damalige provisorische Reichsregierung, gemeinsam mit kaisertreuen Freikorps in ganz Deutschland mit brutaler Gewalt gegen all jene politischen Kräfte vor, die sich nicht mit dem Sturz der Monarchie und der Ausrufung einer bürgerlichen Republik zufrieden geben wollten, sondern die Errichtung einer Räterepublik in Deutschland anstrebten: Höhepunkt war die blutige Niederschlagung des sogenannten Januar- oder auch Spartakusaufstands in Berlin, bei der Tausende Arbeiter ermordet wurden. Damit war die Novemberrevolution faktisch beendet.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht war es zunächst gelungen, sich vor den rechten Mordkommandos, die auf alle führenden Kommunisten Jagd machten, in Sicherheit zu bringen. Doch im Verlaufe des 15. Januar 1919 wurden sie in ihrem Versteck in Berlin-Wilmersdorf von Angehörigen einer sogenannten Bürgerwehr aufgespürt und an Angehörige der

Garde-Kavallerie-Schützen-Division, eines gerade erst aufgestellten Freikorps, übergeben. In den frühen Abendstunden wurden sie in das Hotel Eden verschleppt, das dem Freikorps als Stützpunkt diente. Wilhelm Pieck, der ebenfalls verhaftet und in



das Hotel Eden gebracht wurde, durch einen Trick aber freikam, berichtete später davon, dass Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht brutal verhört und gefoltert wurden.

Und er berichtete von zahlreichen Telefongesprächen mit Regierungsvertretern, die aus seiner Sicht klare Indizien für ein Mordkomplott waren. Zu dessen maßgeblichen Hintermännern

gehörte nach heute gesicherten historischen Erkenntnissen auch der damalige sozialdemokratische Reichswehrminister Gustav Noske.

Rosa Luxemburg wurde vor dem Hotel Eden durch einen Kopfschuss ermordet. Nach dem Willen ihrer Mörder sollte es den Anschein haben, als sei sie von einer aufgebrachten Menschenmenge spontan getötet worden. Ihr toter Körper wurde in den Landwehrkanal geworfen, wo er erst Ende Mai 1919 gefunden wurde. Karl Liebknecht wurde mit einem Auto in den Tiergarten gebracht und dort hinterücks - angeblich auf der Flucht - erschossen. Seine Leiche wurde einer Polizeistation als „unbekannter Toter“ übergeben.

Wenige Stunden vor dem Doppelmord war die Rote Fahne, die Zeitung der KPD, mit einem letzten Artikel von Karl Liebknecht erschienen, der in gewisser Weise sein politisches Testament wurde: Doch „ob wir dann noch leben werden, wenn das Ziel erreicht wird - leben wird unser Programm.“<

Unser Team 2009

Das sind 50 Leute, bunt gemischt: Männer und Frauen; jünger und älter; Studenten, Berufstätige und Rentner; alle kompetent durch Beruf und gesellschaftliche Tätigkeiten auf verschiedensten Gebieten.

Wir, die aus allen Kreisverbänden Brandenburgs entsandten VertreterInnen zur LandesvertreterInnenversammlung am 13. und 14.12.08 in Blossin, haben in acht Wahlgängen die Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur Landtagswahl 2009 gewählt.

Jeder einzelne hat sich vorgestellt, jeder einzelne konnte befragt werden. Als Spitzenkandidatin wurde Kerstin Kaiser bestätigt. Im weiteren Wahlprozedere wurden alle Frauen auf un-



Landtagswahl 2009



Einige der gewählten Kandidaten am Sonntagnachmittag in Blossin

gerade Platznummern gewählt, alle Männer auf gerade. Unsere Kreisvorsitzende belegte den Listenplatz drei, also „zweitstärkste“ Frau im Team. Auch Hartmut Rex und Peter Dunkel gehören diesem Team an. Alle 50 haben unser Vertrauen:

„Für Brandenburg: Zukunft sichern, Armut bekämpfen, Demokratie stärken. Original sozial: DIE LINKE.“

Und so starten wir gemeinsam in ein aufregendes Wahljahr 2009.

Gabi Pluciniczak, Berkenbrück

Einer von Uns

Christa: Gerhard, wir möchten Dich in unserer Zeitung „LinksBlick“ allen unseren Lesern bekannt machen und bitten Dich deshalb um dieses Interview.

Was sind prägende Erlebnisse Deiner Kindheit?

Gerhard: Ich war oft ausgegrenzt! Geboren 1936 im damaligen Ostpreußen - heute Russland - musste ich ertragen, dass die anderen Kinder nicht mit mir spielen durften, da mein Vater als „Staatenloser“ galt.

1944 mussten wir aus Insterburg fliehen. Dabei passierte es meiner Mutter, dass sie die Familiendokumente im Keller vergaß. Sie schickte mich zurück, sie zu holen. Als ich wieder zum Bahnhof kam, waren alle schon weg – ich stand dort, mutterseelenallein. Soldaten der vorrückenden Roten Armee fanden mich und so lebte ich vier Jahre beim Militär, wurde gut versorgt und behandelt und wäre sicher ein guter Russe geworden.

Meine Mutter fand mich über den Suchdienst und ich war 1948 wieder bei meiner Familie – mit zwölf Jahren hatte ich gerade mal die Kenntnisse der 2. Klasse. Ich musste also mit der 3. Klasse beginnen – war wieder ausgegrenzt als „Russe“ und schulischer „Nachzügler“. Mit viel Fleiß und Nachhilfe schaffte ich das Pensum der Schule.

Christa: Wie verlief Deine berufliche Entwicklung?

Gerhard: Ich habe den Beruf des Schlossers erlernt und danach von 1955-1958 an der Fachschule für Landtechnik studiert. Ich hatte den Traum, Pilot zu werden. Durch eine starke gesundheitliche Schädigung an meinem Auge wurde daraus leider nichts.

Christa: Wie kamst Du dann nach Horstwalde?

Gerhard Schlag



Gerhard: Man machte mir den Vorschlag, auf dem Gebiet der Kfz-Erprobungstechnik zu arbeiten. So war ich von 1960-1990 in Horstwalde tätig, leitete als „Chef“ von 37 Leuten das Testgelände. Unsere Aufgabe war es herauszufinden, was an Fahrzeugen nicht in Ordnung war und verändert werden musste. Wir testeten vor allem Militärtechnik im Auftrag der NVA. 1990 wurden wir „abgewickelt“; ich habe dem damaligen Minister Eppelmann den Betrieb übergeben, der von der BAM (Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung) übernommen wurde. Das Angebot zur Weiterführung nahm ich an, arbeitete mit jetzt vier Kollegen bis 2002; dann wurde ich Rentner.

Christa: Was hat Dich zu Deiner linken politischen Einstellung geführt?

Gerhard: Das waren vor allem die harten Kriegs- und Nachkriegsjahre. Ich wollte, dass es für jeden arbeitenden Menschen Gerechtigkeit gibt, dass alle in einer Gesellschaft leben, in der jeder Hilfe erhält und Hilfe gibt. So wurde ich 1960 Mitglied der SED, war dann immer Mitglied der Parteileitung.

Christa: Wie hast Du Dich im Ort Sperenberg engagiert?

Gerhard: Nach verschiedenen Stationen (Potsdam, Königs-Wusterhausen) zogen wir 1989 nach Sperenberg. Während mir von meiner Dienststelle meine Mitgliedschaft in der SED-PDS nie negativ angerechnet wurde („Gesinnung ist nicht verboten“), beschimpfte man uns in Sperenberg in übelster Weise. Meine Devise war: Hier kannst du nur bestehen, wenn du dich stellst. So saß ich 1989/90 am Runden Tisch in Sperenberg, war Mitglied im KMS, in der Gemeindevertretung und hatte in mehreren anderen Funktionen direkten Kontakt zur Bevölkerung. Ich habe als Platzkommandant Horstwalde nie im „Kommandantenstil“ gearbeitet, sondern gehe offen auf Menschen zu, lasse mich jedoch nicht verbiegen.

Christa: Du bist Mitglied im Sperenberger Ortsbeirat – Welche Aufgaben siehst Du?

Gerhard: Ich bemühe mich um soziale Politik auf allen Gebieten, engagiere mich besonders in der Heimatstube.

Christa: Gibt es bei Dir eine hervorstechende Charaktereigenschaft?

Gerhard: Ja; es fällt mir nach wie vor schwer, politische Kompromisse zu machen oder zu akzeptieren. So habe ich auch Schwierigkeiten mit der Haltung der LINKEN zu verschiedenen Fragen in Berlin. Sahra Wagenknecht dagegen schätze ich sehr.

Christa: Ich danke Dir für das Gespräch und wünsche Dir weiterhin Freude und Erfolg in Deiner politischen Arbeit gemeinsam mit Deinen Freunden und Genossen und persönlich alles Gute.

Christa Zernick, Am Mellensee

TRANSPARENT LINKE POLITIK IM LANDTAG

Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

In seiner Regierungserklärung äußerte sich Matthias Platzeck zur aktuellen wirtschaftlichen Lage in Brandenburg.

Er stellte Maßnahmen vor, die das Land zur Stabilisierung der Wirtschaft auf den Weg bringen möchte. Dazu gehören beschleunigte Verwaltungsverfahren, die Prüfung, ob EUMittel einfacher und anders eingesetzt werden können. Es werden Infrastrukturmaßnahmen vorgezogen und Sonderkredite für Unternehmen bereitgestellt. Die Linksfraktion kritisiert, dass die Analyse nicht wirklich neu oder erhellend ist, sondern den Stand Oktober widerspiegelt. Die Vorschläge der Landesregierung sind nicht konkret.

Es fehlt der Landesregierung ein Konzept für die nächsten ein bis zwei Jahre. Werben und Appellieren allein reichen nicht aus. Um zu verhindern, dass Deutschland in eine bodenlose Wirtschaftskrise abgleitet, fordert DIE LINKE folgende Maßnahmen:

- Die Einführung von ermäßigten Mehrwertsteuersätzen auf arbeitsintensive Dienstleistungen,
- die Verbesserung der Eigenkapital-Situation kleiner und mittelständischer Unternehmen,
- eine verstärkte Unterstützung von Wissenschaft, Technologie und Innovationen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von Produkten und Verfahren,
- Investitionen in Bildung, Aus- und Weiterbildung als eine Grundvoraussetzung, um die Zukunft der Gesellschaft gestalten zu können. Beispielsweise werden mehr Lehrkräfte, mehr Sozialarbeiter und mehr Sonderpädagogen benötigt.
- Die Förderung gemeinwohlorientierter Beschäftigung und breitere Anwendung des Kommunalkombilohnes.

Gesetzentwürfe

Verabschiedet wurde das Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes. DIE LINKE lehnte dieses Gesetz ab, da die zweijährige Anwendungspraxis gezeigt hat, dass auf die Ortung von Mobilfunktelefonen und die automatische Kennzeichnung aus polizeilicher Sicht verzichtet werden kann, ohne dass damit die öffentliche Sicherheit im Land Brandenburg gefährdet wird.

Beschlossen wurde mehrheitlich das Zehnte Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes. Die Erhöhung der Diäten für die Abgeordneten lehnt die Fraktion DIE LINKE, mehrheitlich ab. Verabschiedet wurde auch das Gesetz zur Neuorganisation der Landesforstverwaltung.

Das Preußenwaldmuratorium läuft 2009 aus und damit die Unveräußerlichkeit des Landeswaldes. Eine landesgesetzliche Regelung zur Unveräußerlichkeit fehlt nach wie vor. Damit bleibt ein ungeregelter Zustand bestehen. Bevor eine neue Struktur umgesetzt wird, müsste zunächst die alte aufgelöst werden. Die Unsicherheit bei den Beschäftigten bleibt bestehen. Deshalb lehnt DIE LINKE auch dieses Gesetz ab.

Weiterhin beschlossen wurden Änderungen besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften und das Gesetz zur Errichtung eines Versorgungsfonds des Landes Brandenburg.

In erster Lesung wurde das Gesetz zur Neuordnung des Beamtenrechts im Land Brandenburg eingebracht.

Lebenslagenbericht

Debattiert wurde der Lebenslagenbericht der Landesregierung. Dieser weist im Analyseteil ausdrücklich Defizite nach. Bei den Handlungsempfehlungen reiht die Landesregierung jedoch nur Maßnahme an Maßnahme. Es fehlt ein in sich ge-



schlossenes Konzept mit maßgeschneiderten Programmen gegen die Armut im Land. Der Brandenburger Lebenslagenbericht ist ein Armutszeugnis. Trotz des bisherigen Aufschwungs ist die Zahl der Geringverdiener in Brandenburg gewachsen.

Besonders junge Menschen sind vom Armutsrisiko betroffen, verbunden mit der Gefahr von Ausgrenzung, fehlender Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und schlechteren Bildungschancen.

Anträge

Unsere Anträge sind wieder durchgehend abgelehnt worden:

- Unterstützung der Agrarwirtschaft,
- Konzept zur baulichen Erhaltung von Landesstraßen,
- Mehrsprachigkeit: „Muttersprache plus 2“ soll in Brandenburg Realität werden,
- Schuldenmanagement Abwasser fortführen.

Wahl der Mitglieder des Medienrates

Der Vorschlag der Fraktion DIE LINKE wurde durch den Landtag mit der vorgeschriebenen Zweidrittel-Mehrheit gewählt. Für DIE LINKE ist nun Frau Bärbel Romanowski Mitglied im Medienrat. <

Haushaltsplan 2009 für Luckenwalde beschlossen

In nur knapp fünf Wochen haben sich die neu gewählten Stadtverordneten mit dem Haushaltsplanentwurf 2009 beschäftigt. Unsere Fraktion hat sich intensiv mit diesem Entwurf auseinandergesetzt. Davon zeugen die über acht Seiten Antworten seitens der Verwaltung. Wir stehen zu den Ausgaben in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport und Soziales, weil sie insbesondere die Daseinsfürsorge der Stadt gegenüber ihren BürgerInnen widerspiegelt.

Die beitragsfreie Nutzung der Sportstätten für unsere Vereine, bezahlbare Eintrittsgelder für Theater oder die Bäder bzw. die Gebühren für die Bibliothek oder die KITA, die uneingeschränkte Lernmittelfreiheit an unseren Schulen und die Regelungen des Sozialpasses sind für uns Prämissen, bei denen wir keine Einschränkungen dulden werden.

Deshalb begrüßen wir auch die überfällige Übernahme von Kosten durch den Bund für die Einschulungsbeihilfe im Sozialpass. Die eingesparten Mittel dürfen aber nicht dem Sozialpass entzogen werden.

Ein lösbares Problem ist der bauliche Zustand der Terrasse in der Jugendeinrichtung KLAB. Hier werden wir alles daransetzen, um eine Veränderung zu erreichen. Positiv sehen wir auch die Umsetzung der tariflichen Festlegungen für die Vergütung des Personals, obwohl damit eine Steigerung um 563 T • zum Vorjahr verbunden ist. Dass die Kämmerei zusätzlichen Aufwand für die Einführung der Doppik hat, ist unbestritten. Aber gleich 3,5 neue Stellen bis Oktober 2009 sind natürlich kontraproduktiv zu den erhofften Einspareffekten.

Weiterhin werden konzeptionelle Probleme in der Personalplanung deutlich. Einem Rangier- und Verschiebebahnhof gleich wechseln Personen und Stellen von einer Abteilung zur anderen. Aber die von uns schon seit Jahren geforderte Personalentwicklungskonzeption wird ja vehement abgelehnt. Die Krone in der Haushaltsdebatte haben sich die so hoch gelobten und bezahlten Bauabteilungen der Verwaltung aufgesetzt. Nicht genug, dass man an der Kämmerei vorbei die

Antworten zu unseren Fragen in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt gebracht hat. Zusätzlich bediente man sich auch noch falscher Angaben aus dem INSEK-Programm. Die Fachbereiche sind bis heute nicht in der Lage zu erklären, welche Baumaßnahmen im Detail bei drei Haushaltsstellen für insgesamt ca. 3,7 Mio. • vorgesehen sind. Dies ist die Fortsetzung in Kontinuität nach dem Muster der bekannten Fernsehsendung Pleiten, Pech und Pannen, wie sie bei den mangelhaften Baubegleitungen durch die Verwaltung der Projekte Gewerbehof (Nachschlag ca. 260 T •), Schulkomplex Jahnstraße (Regress ca. 45 T •) oder W.-Seelenbinder-Stadion (Regress ca. 157 T •) verursacht wurden. Leider wurde unser Antrag zur Begrenzung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben auf 10 T • knapp mit 13 zu 14 Stimmen abgelehnt. Jetzt darf die Verwaltung allein die Entscheidung bis zu 25 T • treffen, ohne die Stadtverordneten zu fragen.

*Manfred Thier,
Fraktion DIE LINKE.*

Gültig oder nicht gültig

Hinter dem Tagungspunkt sechs der letzten Kreistagssitzung versteckte sich die ganze Brisanz einer Gesetzgebung. Fast mucksmäuschenstill war es zum Aufruf des Tagesordnungspunktes, ging es doch um nicht weniger als um die Gültigkeit der Wahl. Hierzu führte der Einspruchsführer, Herr Liebau, sinngemäß aus, dass er sich zu diesem Einspruch gezwungen sah, da die politischen Kräfte im Vorfeld nicht bereit waren, mit ihm über die Aussagen zu beraten.

Nun ist die kreisliche Entscheidung gefallen. Die Wahl ist gültig. Und dies, obwohl es zu unzulässiger Wahlbeeinflussung gekommen ist. Juristischer Rettungsanker für den Kreistag war letztlich der durch den Kreistag nicht zu erbringende Nachweis der

„Mandatserheblichkeit“. Was darunter konkret zu verstehen ist, das konnten auch im Kreisausschuss die angereisten Vertreter des Innenministeriums nicht erklären. Auch wir in unserer Fraktion haben ausführlich im Vorfeld die Problematik diskutiert.

Ergebnis dieser Diskussion: Die Fraktion unterstützt den Antrag der anderen Fraktionen nicht und stellt mehrheitlich den Antrag, die Wahl im Wahlkreis 3 für ungültig zu erklären. Nach den Ausführungen des Kreiswahlleiters haben wir den Antrag auf Ungültigkeit der Wahl auf das Stadtgebiet Zossen und die zur Stadt gehörenden Ortsteile eingegrenzt. Nach meiner Auffassung wurde mit der Ablehnung unseres Antrages eine große Chance zur Demokratie-

verwirklichung vergeben. Denn wer, wenn nicht die Abgeordneten selbst, soll über zulässige oder unzulässige Beeinflussung ihrer eigenen Wahl entscheiden? Was sich die Väter des Wahlgesetzes mit der „Mandatserheblichkeit“ gedacht haben, kann ich nicht nachvollziehen.

Sind nun alle glücklich, dass der Weg frei für eine gerichtliche Überprüfung ist? Ich glaube nicht, da erstens einmal einer der Beteiligten, der Einspruchsführer oder der Kreiswahlleiter, klagen müsste, und zum Zweiten haben die Abgeordneten keinerlei Einfluss auf dieses Verfahren, da der Kreistag nicht Beteiligter ist. Für mich sieht Selbstbestimmung anders aus.

*Dirk Hohlfeld,
Fraktion DIE LINKE.*

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

aus erster Hand von Maritta Böttcher

Mehr Aufstocker trotz Aufschwung

Mehr als 1,35 Millionen Menschen waren im Juli zusätzlich zu ihrer Erwerbsarbeit auf ergänzendes Hartz IV angewiesen. Minijobs und Niedriglohn – die Arbeitsmarktpolitik von Rot-Grün und Großer Koalition treibt immer mehr Menschen in den Sozialbezug und entlastet die Arbeitgeber völlig unnötigerweise auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Dass die Zahlen der Hartz-IV-Aufstocker ausgerechnet in einer Phase der florierenden Wirtschaft angestiegen sind, ist der eigentliche Skandal. Die Reallöhne sind in der Aufschwungphase derartig gesunken, dass immer mehr Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können. Wenn die Große Koalition jetzt immer noch nicht die Notwendigkeit für einen gesetzlichen Mindestlohn sieht, dann ist das politisch fahrlässig.

Das gleiche Problem wie vor zwanzig Jahren

Die Bundesregierung plant eine erneute Volkszählung im Jahr 2011. Um möglichen Widerstand gegen die Volkszählung wie vor 20 Jahren zu verhindern, soll diesmal jedoch weitgehend auf eine Befragung verzichtet und stattdessen auf die Daten Dritter zurückgegriffen werden. Melderegister und das Register der Bundesagentur für Arbeit sollen als Quellen dienen. Dies ist ein erneuter Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, da niemand weiß, welche Daten verwendet werden. Besonders absurd ist, dass gerade die Volkszählung zum so genannten Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichtes führte, mit dem das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung festgeschrieben wurde. Angesichts der Datensammelwut des Bundesinnenministers ist bereits jetzt Skepsis angebracht, ob tatsächlich nur die für gesellschaftlich notwendige Planungen

erforderlichen Daten erhoben werden oder die Bundesregierung der Versuchung unterliegt, auch darüber hinaus unnötige Daten zu erfassen.

DIE LINKE bleibt dabei: Alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, über ihre eigenen Daten und deren Erhebung und Verwendung zu bestimmen. Das schließt auch das Recht ein zu wissen, wer welche Daten wo und zu welchem Zweck erhebt, speichert und verwendet.

Nachts ist es dunkel – Deutsch ins Grundgesetz

Wäre es nicht so ernst, müsste man der CDU bescheinigen, dass sie eine humorvolle Partei ist. Die Forderung des CDU-Parteitages, im Grundgesetz ein Bekenntnis zur deutschen Sprache festzuschreiben, ist aber weder lustig noch humorvoll. Es ist ein gefährliches Spiel mit dem Grundgesetz, welches letztlich zu seiner Entwertung führen kann. Die Forderung des CDU-Parteitages ist Beleg dafür, dass die CDU nach wie vor der Idee einer Leitkultur anhängt, die schnell zur Leidkultur werden kann. Die Forderung zeugt von Ignoranz gegenüber gesellschaftlichen Realitäten. Die Bundesrepublik ist ein Einwanderungsland. Kulturelle Vielfalt und das Recht der ethnischen Minderheiten auf eine eigene Sprache kennzeichnen den Alltag und sind sogar in Landesverfassungen verankert. Und das ist gut so.

Hessen wählt

Am 18.01.2009 gibt es Neuwahlen in Hessen. Die Landesliste unserer Partei umfasst 55 Plätze, diese Anzahl entspricht der Zahl der Wahlkreise bei der Landtagswahl. „DIE LINKE wird flächendeckend in allen Wahlkreisen mit Direktkandidatinnen und Direktkandidaten antreten. In den meisten unserer 26 Kreisverbände haben die Wahlversammlungen bereits stattgefunden“, erklärt Landespressesprecher Achim Kessler. Die Stimmung bei den Kreismitgliederversammlungen war



sehr kämpferisch. Denn der Ärger über die vertane Chance, durch einen Politikwechsel in Hessen mehr soziale Gerechtigkeit durchzusetzen, ist sehr groß. Dieser Ärger setzt sich in Energie für den Wahlkampf um. Das ist für unsere Partei sehr wichtig; denn anders als die anderen Parteien bestreitet DIE LINKE ihre Wahlkämpfe nicht mit Geld aus Großspenden von Firmen und Banken, sondern mit der ehrenamtlichen Arbeit ihrer Mitglieder. <

Für Angelika

Am 12.12.08 hatte Angelika Linke, Abteilungsleiterin für ehrenamtliche Mitarbeiter beim DRK in Luckenwalde ihren letzten Arbeitstag. Ca. 100 Gäste waren gekommen um sie zu verabschieden, ihr zu danken und sie zu ehren. Dazu gehörten Vertreter der drei Sozialstationen, der 19 Ortsverbände, ehemalige und jetzige MitarbeiterInnen des DRK-Kreisverbandes und leitende Mitarbeiter des Institutes für Gemüseproduktion, um nur eine kleine Auswahl der Gäste zu nennen. Besondere Ehrung erfuhr Angelika in der Laudatio von Harald - Albert Swik. Die Vertreter des Landesverbandes Westfalen/Lippe luden sie zu einer Auszeichnungsveranstaltung ein. Angelika erhält dort die Verdienstmedaille des DRK, eine der höchsten Ehrungen. Der besondere Höhepunkt war, dass das Rettungsboot der Wasserwacht des Kreisverbandes den Namen „Angelika“ tragen wird.

Angelika, wir LINKEN Deines Kreisverbandes Teltow-Fläming beglückwünschen Dich und freuen uns auf viele Jahre weiterer Zusammenarbeit mit Dir. <

Die große Krise und keine Lösung

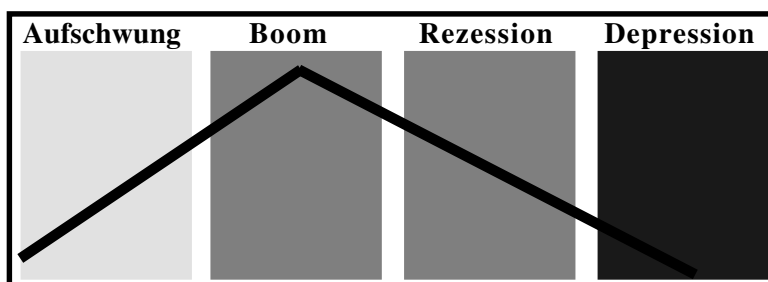
Jeden Tag lesen wir neue Meldungen zur Finanzkrise und jeden Tag scheinen die Zahlen immer größer zu werden. Insgesamt sei jetzt von einer weltweiten Geldvernichtung im Wert von 1,1 Billionen Euro die Rede. Diese Summe könnte in Afrika 25 Jahre lang die Armut bekämpfen.

Doch wie kam es eigentlich zu dieser Krise? Drehen wir die Zeit ein wenig zurück. In den letzten Jahren waren die Zinsen niedrig und „billiges Zentralbankgeld“ war im Überfluss vorhanden.

Das machten sich die Investmentbanken in den USA zu nutze und vergaben über-

mäßig viele Immobilienkredite; auch an Menschen, die über wenig bis gar kein Eigenkapital verfügten. Häuser wurden in Massen gebaut, was wiederum die Preise für Immobilien in die Höhe trieb. Um das Risiko loszuwerden, auf Krediten „sitzenzubleiben“, verkauften

viele Banken potenzielle „faule Kredite“. Diese Schuldscheine wurden als Wertpapiere international gehandelt und genau wie die Häuserpreise in die Höhe getrieben, da man, wenn ein Häuslebauer die Raten nicht mehr zahlen konnte, ja immer noch das Haus hatte, das man auf dem Markt lukrativ, teilweise mit einer Gewinnsteigerung von mehr als 100% verkaufen konnte. Als die Preise jedoch sanken, da die Zinsen aufgrund der Inflationsgefahr angehoben wurden und nie-



mand mehr Häuser baute, wurden Zweifel am wirklichen Wert dieser „Schuldscheinwertpapiere“ laut. Nachdem eine Welle der Zwangsversteigerungen von Häusern über die USA hereinbrach, brach gleichzeitig auch Panik an den Aktienmärkten die-



ser Welt aus. Alle wollten ihre „faulen Kredite“ loswerden, aber niemand kaufte mehr welche. Der Markt, auf dem diese Kredite gehandelt wurden, brach ein und kam gänzlich zum Erliegen. Die großen Banken dieser Welt zockten ordentlich mit und mussten am Ende deutliche Verluste abschreiben.

Zur Folge hatte dies, dass die Anleger verunsichert sind und ihr Geld abziehen, was wiederum bedeutet, dass die Banken keine Kredite mehr vergeben, was dann dazu führt, dass die Menschen weniger kaufen, also der Konsum einbricht und daraufhin die Gewinne der Firmen noch weiter sinken, diese Investitionen nicht tätigen und Arbeiter entlassen müssen, was die Folge hat, dass Arbeitslosigkeit entsteht u.s.w.. Wie man diesen Teufelskreis verhindern kann, lesen Sie in der nächsten Ausgabe.

*linksjugend [`solid]
Teltow-Fläming Nord*

Sieben Prozent für eine kinderfreundliche Gesellschaft

Als kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE behauptete ich, dass Produkte, die für Kinder wichtig sind, komplett unter den reduzierten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent fallen müssen. Wir müssen den Bereich der Waren für den täglichen Bedarf neu definieren und familienfreundlich gestalten. So ist es nicht sinnvoll, dass auf Hundefutter nur sieben Prozent Mehrwertsteuer gezahlt werden müssen, auf Windeln aber 19 Prozent.

Die vergangene Erhöhung des Mehrwertsteuerbetrags auf 19% bedeutete eine Verteuerung von Waren wie Spielsachen, Kinderschuhe, Kinderbekleidung und Babywindeln. Notwendige Produkte und Dienstleistungen für Kinder zu erwerben, stellt

besonders für Empfänger und Empfängerinnen von Transferleistungen und allein Erziehende eine noch stärkere Belastung ihres geringen Haushaltsbudgets dar. Dass es auch anders geht, zeigen europäische Staaten wie Irland und Großbritannien. Hier ist Kinderkleidung von der Mehrwertsteuer ganz befreit. Die ermäßigte Umsatzbesteuerung von Produkten und Dienstleistungen für Kinder würde eine dringend erforderliche finanzielle Entlastung für allein erziehende Mütter und Väter sowie soziale Grundversicherung beziehende Familien bedeuten. Jüngst hat die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) ihre Forderung nach einer Mehrwertsteuer-Senkung auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder

bekräftigt. Es geht um einen Abbau der strukturellen Benachteiligung von Familien und die Bekämpfung der zunehmenden Kinderarmut, erklärte der Verband am Montag in Berlin. Bereits im März 2007 forderte DIE LINKE im Bundestag in einem Antrag (Drucksache 16/4485) die Bundesregierung auf, durch eine Änderung des § 12 Absatz 2 des Umsatzsteuergesetzes den Katalog der Lieferungen und Leistungen, die mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz belegt werden, um Waren und Dienstleistungen für Kinder zu erweitern. Er wurde abgelehnt.

DIE LINKE bleibt aber weiterhin bei ihrer Forderung. Versprochen!

*Diana Golze,
Vors. der Kinderkommission
im Deutschen Bundestag*

Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



Dürfen Hartz-IV-Kinder auch Abitur machen?

Äußerst unangenehm ist der Regierung die Tatsache, dass auch Kinder, deren Familien auf das ALG II angewiesen sind, eigentlich nicht vom Abitur ausgeschlossen werden sollten - so mein Position zu der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. („Kein Abitur für Schulkinder im Hartz-IV-Bezug“; Drs. 16/10925). Gemeinsam mit allen Verbänden und Sachverständigen hat DIE LINKE den Handlungsdruck auf die Bundesregierung erhöht. In einer Kleinen Anfrage zum Schulbedarfspaket in Höhe von 100 Euro für Schülerinnen und Schüler in Hartz IV wollten wir von der Regierung wissen, warum das Schulgeld nur bis zur zehnten Klasse gewährt wird. Doch, statt unsere Fragen zu beantworten, verweist die Regierung auf das „laufende Gesetzgebungsverfahren“.

Bereits in ihrer Vorbemerkung fordert sie für alle Kinder einen „adäquaten Schulabschluss“, schiebt die Verantwortung dafür allerdings allein den Ländern zu. Dies ist umso bestürzender, als die Regierung zugleich in Antwort 13 zugibt, über keinerlei „Angaben über sozialverträgliche Staffellungen der Eigenbeteiligung von hilfebedürftigen Familien bei der Beschaffung von Lernmitteln in den einzelnen Bundesländern“ zu verfügen. Mit anderen Worten: Sie hat zwar keine Ahnung, simuliert aber einfach mal Aktionismus.

Vollends lächerlich macht sich die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Frage, ob Kinder in Hartz IV von der Kindergelderhöhung profitieren würden. Zwar gibt sie zu, dass der Erhöhungsbetrag des Kindergeldes voll auf Hartz IV angerechnet wird, behauptet dann aber trotzdem: „Es trifft nicht zu, dass die Kinder nicht von der

Kindergelderhöhung profitieren, da sie nach der Neuregelung in geringerem Umfang auf staatliche Fürsorgeleistungen angewiesen sind.“ Im Klartext: Die Regierung kürzt Hartz IV für Kinder exakt um den Betrag der Kindergelderhöhung und behauptet dann auch noch, die Kinder würden davon profitieren. Das ist absolut zynisch! Dafür würden aber, so die Regierung, die „Regelleistungen für Kinder im Gegensatz zum Kindergeld entsprechend der Rentenwertentwicklung fortgeschrieben“.

Doch laut dem Siebenten Existenzminimumsbericht der Bundesregierung für die Jahre 2009 und 2010 wird von einer jahresdurchschnittlichen Regelsatzsteigerung von 1,9 und 2,3 Prozent ausgegangen (insgesamt: 4,2%), während für die Renten mit einer Erhöhung von 2,75 Prozent 2009 und 1,8 Prozent im Jahr 2010 zu rechnen ist (insgesamt: 4,55%). Das heißt, dass die Regelsätze einem Dämpfungsfaktor von 0,35 Prozentpunkten gegenüber den Rentenentwicklungen unterliegen!

DIE LINKE bleibt daher bei der Forderung nach einem kurzfristig zu ermittelnden eigenständigen Kinderregelsatz und arbeitet weiter am Konzept einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung für alle Kinder. <

Karnevalsauftakt

*Nun ist es endlich doch so weit,
wir haben die 5. Jahreszeit.
Die Narren sagen hier und dort,
ganz deutlich manches wahre Wort.*

*Rentenangleichung als Werbeslogan,
hört sich ja auch ganz rührend an,
doch weil man es nicht wirklich will,
ist 2020 ein sehr fernes Ziel.*

*Zum Mindestlohn kein „Ja“ auf deutschen Erden,
„Tarifparteien sollen sich einig werden“.
Doch legen Lokführer und Metaller richtig los,
ist das Geschrei von Politik und Medien riesengroß.*

*Weil die Politik das Volk anschmiert,
mit schönen Worten die Wahrheit kaschiert,
darum dürfen Narren heute nicht pennen
und alles mit Rang und Namen benennen.*

*Hohe Bildung sei die richtige Tugend,
so tönt man, denn Zukunft sei die Jugend.
Man fördert Kinder aus reichem Haus,
für arme Kinder bleibt die Hilfe aus.*

*Die Kassen sind leer für arme Leute,
doch nicht für der Banker zockende Meute,
haben die eine Finanzkrise provoziert,
werden sie mit 500 Milliarden gut geschmiert.*

*An „Auslandseinsätzen“ tragen wir schwer,
dafür heißt es heut': „Wir sind wieder Wer“.
Mit Hilfe der NATO und Amerika,
führen wir Kriege hier und da.*

Rainer Weigt

Stadtverordnetenversammlung Fraktion DIE LINKE

Baruth/Mark

Stellungnahme zur Weiterführung des Raumordnungsverfahrens „Erdgasleitung OPAL, Abschnitt Brandenburg Süd“ der WINGAS GmbH:

Die Fraktion DIE LINKE der SVV Baruth/Mark lehnt die Trassenvariante GK 1 mit den Verdichterstandorten Baruth oder Radeland ab und schließt sich voll der Stellungnahme der Stadtverwaltung Baruth/Mark vom 20. August 2008 an. Wir unterstützen keine Problemverlagerung ohne tatsächliche Lösung der scheinbar nicht bewältigten Probleme des ursprünglich geplanten Trassenverlaufs GK 3 mit dem Verdichterstandort Groß Köris zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Baruth/Mark, der Natur und Umwelt sowie des Holzkompetenzstandortes Baruth/Mark. Die dargestellte Trassenvariante GK 1 mit den Verdichterstandorten Baruth oder Radeland würde zu einer weiteren Lärmimmission führen, welche neben der zusätzlichen Belastung für die Bewohner des Erholungsgebietes Radeländer Siedlung die weitere Entwicklung des Holzkompetenzstandortes Baruth/Mark beeinträchtigen, wenn

nicht sogar gefährden würde. Dies kann durch uns nicht mitgetragen werden. Neben der zusätzlichen Lärmimmission ist mit einer erheblichen Schadstoffimmission durch CO₂ (ca. 500.000 t/a) und NO_x zu rechnen, welche für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Baruth/Mark sowie das Landschaftsschutzgebiet „Baruther Urstromtal und Luckenwalder Heide“ eine unverantwortliche Beeinträchtigung der Lebensqualität und der Umweltverschmutzung darstellt. Die Betreibung der Verdichterstation ist überhaupt erst mit Erwerb von CO₂-Zertifikaten rechtlich zulässig. Dies ist in Zeiten des Klimawandels und der Vorreiterrolle der Bundesrepublik Deutschland bei dessen Bekämpfung nicht hinnehmbar. Es kann nicht sein, dass die Bundeskanzlerin sich weltweit für ein Umdenken in der Klimapolitik hin zu alternativen Energien einsetzt und in Brandenburg großflächig Wald und Umwelt im Interesse der Energiekonzerne vernichtet und stark beeinträchtigt werden. Weiterhin werden bei der Variante GK 1 zusätzlich zum ursprünglich geplanten Verlauf ca. 25 ha

Wald im Landschaftsschutzgebiet dauerhaft vernichtet. Auch gesetzlich geregelte Ersatzaufforstungen an anderer Stelle können die damit verbundene weitere Zerschneidung eines der größten zusammenhängenden Waldkomplexe in Brandenburg nicht ausgleichen. Der Lebensraum und der Erholungswert dieses Gebietes wird dadurch nachhaltig gestört, zumal zusätzlich noch jährlich ca. 500.000 t CO₂ und eine bisher nicht konkret genannte Menge NO_x diesen Lebensraum belastet.

Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion DIE LINKE der SVV Baruth/Mark den vorgeschlagenen Trassenverlauf GK 1 und die Verdichterstandorte Baruth bzw. Radeland ab. <

**Fraktion DIE LINKE. in
der SVV Baruth/Mark:**

Michael Ebell, Vors.

Horst Wende

Jörg Stubbe

Helmut Werner

Kinderarmut ist eine Schande für die BRD

Die neoliberale Politik der vergangenen Jahre hat die Welt nun folgerichtig in eine schwere finanzielle und wirtschaftliche Krise geführt. Es wurde gezockt bis zum Geht nichtmehr. Die Politik hat dafür immer mehr Wege geöffnet. Dem Großkapital wurden großzügige Steuersenkungen ohne Gegenleistungen geschenkt, dafür hat sich die Reichtumsschere immer weiter geöffnet. Die Folgen dieser Lohndumping- und Reform-Politik haben die Herrschenden den ärmeren Volksschichten bis hinauf zum Mittelstand aufgeladen. Die verschiedenen Armutsberichte sprechen eine sehr deutliche Sprache. Besonders betroffen sind die Kinder in unserem eigentlich reichen Land. In Deutschland gelten etwa zwei bis 2,5

Millionen Kinder als arm. Binnen zwei Jahren stieg der Prozentsatz von 12 auf 16% armer Kinder. Seit und durch Hartz- und Agenda-Reformen wurde Kinderarmut wesentlich vorangetrieben. Einerseits gibt es keine einmaligen Beihilfen mehr, andererseits sind die 60% vom sowieso zu geringen Regelsatz absolut nicht ausreichend. Eltern aller Einkommensarten erhalten zusätzlich Kindergeld, nur bei Hartz-IV-Empfängern wird das Kindergeld angerechnet.

Der Mehrbedarf für Ernährung, Kleidung und so weiter im Wachstumsalter wird seither nicht berücksichtigt. Die jetzt für Hartz-Kinder zugebilligte jährliche 100-€-Schulbeihilfe sind monatlich nur 8,33 €. Von dem um 10 € er-

höhten Kindergeld kommt ja nichts bei den Hartz-Familien an. Jeder, der die Kosten für Kinder aus eigener Erfahrung kennt, weiß, diese jetzt 211 € monatlich reichen für ein heranwachsendes Kind bei Weitem nicht, ebenso unzureichend sind die 281 € für über 14-Jährige. Die Kinder zahlen die Zechen für Manager, Aktionäre und Profiteure. Die Schande der Kinderarmut in der Bundesrepublik muss beseitigt und Chancengleichheit für Bildung und Ausbildung hergestellt werden. Darum bitten wir alle, sich dieses Problems bewusst zu werden und es weiter zu verbreiten. Außerdem gibt es die Möglichkeit, dagegen zu unterschreiben.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

Vorsicht vor Urteilen! Nur Mut: Was ist kritisch zu sehen?

Sollten wir Linken uns (ausnahmsweise) mal auf Gott berufen? Ja, wenn's was nützt. Also: Er gebe uns die Möglichkeit, für unsere Behauptung in der verrückten Welt aus den Medien zu erfahren, „was läuft“, was wahr ist und auch das Unwahre. Und er gebe uns die Fähigkeit, das eine von dem anderen zu unterscheiden!

Dazu nutzen wir aber doch lieber unsere Vernunft. Die allerdings muss, diesen Gegenstand (Medien) betreffend, an diesem Gegenstand geschult werden. Das klingt eventuell dem einen oder anderen zu allgemein. Nun, dann machen wir es ganz konkret, ganz aktuell. Da waren doch neulich die drei Deutschen, die auf die EU-Repräsentanz in Pristina einen Explosionssatz geschleudert hatten. Haben Sie bemerkt, wie man in den Berichten darüber eiert? Wie man von Tag zu Tag eine Story fortspinnt und am Ende doch tatsächlich die Täter als vollkommen Fehlinterpretierte, die Angegriffenen jedoch als die Angeklagten hervorgehen, von denen dringend eine deutliche, diplomatische Formalkriterien erfüllende Entschuldigung bei der deutschen Regierung erwartet wird? Dabei wird nichts wirklich aufgeklärt: Waren das bloße Deppen, die neugierig ein Spektakulum besichtigen wollten und dummerweise auf den rauchenden Trümmern gesichtet und gefilmt wurden?

Hat ein Geheimdienst dem anderen ein Bein gestellt und warum? Stilisiert man das Fehlen von Sprengstoffspuren an der Kleidung der drei deutschen Schlapphüte absichtlich zum Super-Unschuldsbeweis, wohl wissend, dass die kurz nach Hause gingen und sich frisch einkleideten? Warum blieben in der deutschen Regierung Notrufe unbeachtet liegen? Waren in Pullach keine E-Mails eingegangen? Wird Ernst Uhlrau nun das Reinigungsoffer zur Beendigung des rätselhaften Vorgangs internationaler Verwicklungen mit „großdeutschem Impetus“?

Nehmen wir ein 2. Beispiel, das schon einen griffigen, aufmerksamkeitsaufschließenden Begriff bekommen hat, bei dem jeder – so wünscht es sich offenbar der um unser aller Wohl besorgte Staat – schauernd zusammenfährt: Kofferbomber. Verbunden damit ist ein Ermittlungs-, Anklage- und Verurteilungsverfahren, das sich über Jahre hinzog. Da wird einer vor Gericht in Düsseldorf vom Vorsitzenden Richter Ottmar Breitling zu lebenslangem Gefängnis verurteilt, obwohl die tatsächliche Gefährdung im Vorortzug nach Koblenz überhaupt nicht schlüssig bewiesen wurde.

Der Nachrichtenkunde zu Hause am Frühstück- oder Abendbrottisch muss ganz schön aufpassen, um diese erwünschte Verurteilung als beispiellose Verletzung des Rechtsempfindens zu erkennen.

Man kann aber sogar in der tonangebenden (und daher leider die meisten Nachrichtenkunden erreichenden) Medien bemerken, dass die im Koffer eingesperrten Utensilien keine Bombe waren. Und warum soll man übersehen, dass der Angeklagte Youssef Mohamad E.H. eines ums andere mal beteuerte, dass es ein Scherz sein sollte; man wolle mal mit einer abenteuerlichen Sammlung von „eigentlich passenden“ Zutaten der Bevölkerung einen Schrecken einjagen. Dumme Idee natürlich.

Das rechtfertigt aber in keiner Weise die dreiste Urteilsbegründung des offensichtlich karrierebewussten Richters. Nun, der Kumpane von Youssef, Jihad H., wurde im Libanon nach einem Geständnis der Mordabsichten von den dortigen Gerichten bereits zu zwölf Jahren verurteilt. Ein Schelm, wer da fragt: Warum wurde der von Deutschland nach dem Libanon überstellt? Weil dort das Ermittlungshilfsmittel „Folter“ zugelassen ist? Hat sich der dort einsitzende Delinquent mit seinem Geständnis von den erwartbaren Torturen „freigekauft“?

Die Verteidiger haben auf dies und noch mehr natürlich hingewiesen. Total wirkungslos. Angeschmaltzt vom Vorsitzenden Richter. Von dem sollten wir wohl annehmen, dass er im voraus- oder nacheilenden - das ist dann letztens wurscht - Gehorsam die heißen Bemühungen des Herrn Schäuble und der Regierungsarmada spektakulär stützt, die sich da allüberall von Terroristen umstellt sieht und Deutschland, koste es, was es wolle, bedrohungsfrei, clean machen wollen.

Wie verträgt sich das damit, dass selbiger Herr Schäuble jedes Mal nachschiebt: Eine konkrete Bedrohung, Bürger, liegt allerdings nicht vor!

Wie verträgt sich das hinwieder damit, dass Deutsche in bestimmter Bekleidung und bestimmter technischer Ausstattung in vielen Ländern der Erde Tod und Zerstörung „produzieren“ und damit Wut und Entschlossenheit, die auch die heile Feste BRD natürlich mal einholen könnten? Menschen bleibt wachsam! Ihr wollt doch eigentlich leben? Und wissen, wer das wirklich wodurch gefährdet?

Frank Schubert, Langerwisch

Auflösung Bilderrätsel

Es handelt sich hierbei um die Fachwerkkirche in Dümde. Diese wurde 1793 errichtet und ist die einzige ihrer Art in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal.



Der wendische Ortsname bedeutet „Rauch“ und Dümde ist eines der wenigen Dörfer, die die Form einer slawischen Siedlung bis heute bewahren konnten. <

Die Wunderbox

Eines meiner Bücher, das am meisten ausgeliehen wird, ist „Beim Häuten der Zwiebel“ von Günter Grass. Als ich las, dass 2008 ein neues Buch dieses Schriftstellers erscheint, griff ich natürlich zu. „Die Box“ ist der lakonische Titel. Ein Vater ruft seine erwachsenen Kinder zusammen, damit sie von ihrem gemeinsamen Leben erzählen - soweit es ein gemeinsames war. Denn die acht Kinder stammen aus vier Ehen bzw. Beziehungen des Vaters, zwei von ihnen sind keine leiblichen Söhne, son-



dern wurden in die dritte Ehe mitgebracht. In den Erinnerungen der Kinder vermischen sich Phantasie und Wirklichkeit. Jedes dieser acht Kinder hat die „Wirklichkeit“ anders erlebt. Aber in einem sind sie sich einig: Sie hatten keinen Vater zum Spielen, weil er immer etwas in seinem Kopf bewegte, das aufs Papier gebracht werden wollte. Welche Sternstunde für jedes von ihnen, wenn er sich mal Zeit nahm für einen Spaziergang!

Das wird erzählt ohne Vorwurf, ohne Bitterkeit, mit viel Verständnis und einem kleinen Hauch liebevoller Ironie. Für mich erstaunlich und erfrischend, wieviel Toleranz es in einer zusammengewürfelten Familie geben kann. „Welch ein Kuddelmuddel“ sagt Marie, eigentlich die Hauptfigur des Buches, allerdings aus dem Familienrahmen herausragend. Marie ist Fotografin, eine kleine verhutzelte Frau, und sie bedient die Wunderbox. Ihre Fotos machen sichtbar, was nicht da ist, jedenfalls nicht zu sehen ist - Szenen aus vergangenem Leben, manchmal Wunschbilder.

Das Buch ist nicht einfach zu lesen; die Sprünge zwischen Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft verlangen einen mitdenkenden, dem Autor gewogenen Leser. Vergnüglich allemal.

Renate Klettke

lückwünsche

Emilia Pommerenke in Luckenwalde zum 78. Geburtstag am 14.01.09
 Gerda Gebert in Stahnsdorf zum 89. Geburtstag am 17.01.09
 Rosa Rüllicke in Blönsdorf zum 84. Geburtstag am 18.01.09
 Werner Gohlke in Luckenwalde zum 83. Geburtstag am 24.01.09
 Brigitte Simon in Nächst Neuendorf zum 79. Geburtstag am 26.01.09
 Lotti Lehmann in Ludwigsfelde zum 93. Geburtstag am 01.02.09
 Helga Stüber in Luckenwalde zum 73. Geburtstag am 01.02.09
 Fritz Lehmann in Markendorf zum 79. Geburtstag am 01.02.09
 Gerhard Schlag in Sperenberg zum 73. Geburtstag am 02.02.09
 Paula Schreiber in Ludwigsfelde zum 89. Geburtstag am 07.02.09
 Siegfried Günther in Blankenfelde zum 74. Geburtstag am 08.02.09
 Christa Hevler in Niedergörsdorf zum 72. Geburtstag am 09.02.09

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
 Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen*

Irene Eckleben in Rangsdorf zum **75.** Geburtstag am 19.01.09
Ewald Heuer in Mahlow zum **75.** Geburtstag am 21.01.09
Wladimir Kruglikow in Sperenberg zum **50.** Geburtstag am 25.01.09
Prof. Werner Kohl in Ludwigsfelde zum **80.** Geburtstag am 26.01.09
Marianne Kypke in Kloster Zinna zum **60.** Geburtstag am 31.01.09
Elke Späth in Luckenwalde zum **65.** Geburtstag am 31.01.09
Monika Krause in Woltersdorf zum **65.** Geburtstag am 05.02.09
Ingrid Köbke in Woltersdorf zum **70.** Geburtstag am 08.02.09

Neonazis stören Gedenken

Dass es heutzutage noch immer dringend nötig ist, das Gedenken an die Opfer des Faschismus zu erhalten und zu pflegen, zeigt die kuriose und vor allem traurige Entwicklung dieser Tage in Zossen. Seitdem ein rechtsradikaler Internetcafé-Besitzer in der Zossener Innenstadt sich auf widerwärtige Art und Weise gegen das Verlegen der Stolpersteine vor seinem Geschäft gewehrt hatte, zeigten viele Bürger ihr Unbehagen, einen solchen Unternehmer in ihrer Stadt dulden zu müssen.

Zu einer Gedenkveranstaltung auf dem Zossener Marktplatz, zu der die CDU-Stadtverordnete Susanne Michler jüngst aufgerufen hatte, kamen ca. 200 bis 250 Menschen, um mit ihrer Anwesenheit ein Zeichen der Erinne-

rung an die vertriebenen und ermordeten Juden in Zossen zu setzen. Eine Gruppe von ca. 20 autonomen Rechtsradikalen hielt sich in der Nähe des Marktplatzes auf, unter ständiger Beobachtung der Polizei.

Kurz nach der Schweigeminute dann stimmten die Neonazis ihre Sprechchöre an. Unter „Nazis raus“-Rufen kreisten die Bürger ihrerseits die Gruppe ein. Um Ausschreitungen zu vermeiden, kontrollierte die Polizei die Rechtsautonomen und nahm Personalien auf.

Auch dieser Abend zeigte, wie wichtig die Erhaltung der Gedenken an das Grauen des Dritten Reiches ist und wie groß unsere Verantwortung, diese Erinnerungen an unsere Kinder und Kindeskinder weiterzugeben.

Christa Zernick, Am Mellensee

Termine

12.01.09 19.00 Uhr

Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

20.01.09 10.00 Uhr

Beratung der Diensthabenden
Geschäftsstelle Luckenwalde

14.01.09 14.00 Uhr

Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

Auf in den (Wahl-) Kampf 2009!

11.02.09 18.30 Uhr

Gesamtmitgliederversammlung
zur Wahl des Direktkandidaten zur
Landtagswahl 2009
im Kulturhaus Ludwigsfelde

13.02.09 17.00 Uhr

Gesamtmitgliederversammlung
zur Wahl des Direktkandidaten zur
Landtagswahl 2009
im Gasthaus „Zum Grafen Bülow“
in Dennewitz

25.02.09 19.00 Uhr

Gesamtmitgliederversammlung
zur Wahl des Direktkandidaten zur
Landtagswahl 2009
in der „Grünen Passage“
in Blankenfelde

Vortrag und Gespräch

Dr. Ulrich Busch

referiert zum Thema:

Ursachen und Wirkung der Finanzkrise

Mittwoch, 21. Januar 2008,
17.30 Uhr, Geschäftsstelle DIE
LINKE, Zinnaer Straße 36 in
Luckenwalde

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow Fläming

Linke Medienakademie

Die 6. Akademie für linke Medien-
macher findet am 5.-8. März 2009 im
Tagungszentrum am Franz-Mehring-
Platz 1 in Berlin statt. Anmeldungen
und weitere Informationen unter:

www.pressebuero-nitz.de



IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE Kreisverband Teltow-Fläming, V.i.S.d.P.: Petra Haase
Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36

Tel.: 0 33 71/63 22 67, Fax: 63 69 36

14913 Jüterbog, Große Str. 62

Tel.: 0 33 72/43 26 91, Fax: 44 30 33

14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur - Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54

Spendenkonto: 363 302 7415

BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam

Redaktionsschluss: 17. Dezember 2008, der nächsten Ausg.: 14. Januar 2009

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

www.dielinke-teltow-flaeming.de

Dank für Kuba- Spenden

Im „Neuen Deutschland“ vom 10.
Dezember 2008 bedankten sich
Martine und Karl Schilp für die Spen-
den, die ihnen ermöglichten, 9,7 Ton-
nen Hilfsgüter nach Holguin, Kuba, zu
schicken.

Sie berichteten von vielen durch die
Hurrikans zerstörten Häusern und zum
Teil vernichteter Ernte. Da waren die
Hilfsgüter doppelt wichtig. Auch in die-
sem Jahr brauchen sie unsere Unter-
stützung für das Projekt „Nadie es una
Isla“ (Niemand ist eine Insel).

Wir reichen den Dank gern weiter
an unsere Leser.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Wir trauern um unseren Mit-
streiter und Kampfgenossen

Manfred Kuhnt

Als langjähriger Funktionär
unserer Partei hat er stets mit
Rat und Tat seinen Orts-
verband und seine Basis-
organisation unterstützt.

Wir werden sein Andenken in
Ehren halten.

DIE LINKE
Kreisverband Teltow-Fläming

Ortsverband und BO1
Blankenfelde/Mahlow

**ZU ROSA
UND KARL**
Am Sonntag, 11.
Januar 2009

DIE LINKE.